

Erklärung der Oberhausener FDP zum Jahreswechsel

Viele Menschen in Oberhausen blicken mit Sorge auf das neue Jahr. Erschütterte Finanzwirtschaft weltweit und kommunale Haushaltskrise erfordern neue Vertrauenswürdigkeit auch der politisch Handelnden - in Bund, Land und unserer Stadt.

Oberhausen lebenswert und handlungsfähig zu erhalten, bleibt 2009 die größte Herausforderung. Dazu muss die Stadt so gut werden wie ihre Menschen. Das bleibt oberstes Ziel liberaler Kommunalpolitik.

Dass der Motor des Strukturwandels heftig stottert, liegt auch an gefährlich falschen Signalen. Eine Stadt mit dem Rücken zur Wand braucht möglichst niedrige Steuersätze, um im Wettbewerb mit anderen attraktiv zu bleiben und Steuereinnahmen dauerhaft zu erhöhen. Die drastische Anhebung der Gewerbesteuersätze war ein falscher Schritt mit verheerender Signalwirkung, veranlasst von weltfremden Bürokraten in Gemeindeprüfung und Kommunalaufsicht, die sogar eine Verdoppelung und Verdreifachung der Sätze für die Zukunft fordern. Das entmutigt alle, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen wollen.

Die verheerende Anhebung der Grundsteuer trifft neben Handwerk und Gewerbe auch alle Menschen, die Kosten für Miete und Eigenheim selbst aufbringen müssen. Bundesweite Spitzensätze der Hundesteuer rufen Leid für Tiere, Kostenanstieg für Tierheime und Kummer besonders für ältere Menschen hervor. All dies wird keine Entlastung, sondern eine Verschärfung der Haushaltsprobleme der Stadt nach sich ziehen. Deshalb müssen sowohl die Steuern als auch überhöhte Abgaben sofort wieder gesenkt werden, bevor die Schäden dauerhaft werden.

Die primitive Formel der Kommunalaufsicht, Schulden und Defizite dadurch anzugehen, dass die Menschen zur Kasse gebeten werden, dass die Anreize, Kinder in Oberhausen aufwachsen zu lassen, durch steigende Elternbeiträge zusätzlich verschlechtert werden, verkennt das Ausmaß der Probleme. Soweit sie hausgemacht sind, muss in der Verwaltung gehandelt werden, wie dies die FDP seit Jahrzehnten fordert. Jetzt ist bewiesen: Oberhausen hat nicht nur die im landesweiten Vergleich meisten, sondern auch teuersten Bediensteten. Servicefirmen wie OGM und WBO haben den Etat nicht ent-, sondern belastet. So gehörte die Grünpflege zu den teuersten weit und breit; nur wer kann das den städtischen Anlagen ansehen? Das einstimmig verabschiedete Haushaltssicherungskonzept von 50 Mio. Euro pro Jahr hat endlich diese Missstände ausgeräumt und weitere Prüfungen veranlasst. Das löst freilich nicht das Problem des Schuldendienstes von jährlich fast 100 Mio. Euro; hier bietet das Land statt hilfreicher Vorschläge lediglich kafkaeske Paragrafengläubigkeit und Pfade in die Ausweglosigkeit an. Das wird nicht reichen.

Oberhausen darf seine Visionen und Qualitäten nicht verlieren, gerade nicht im Zeichen stürmischer Bedrängnis und Umwälzung. Wenn hiesige Leuchtturmfirmen sich nur noch in Nachbarstädten ausweiten können, unserer Stadt lediglich Neuansiedlungen von Spielkasinos, kommunal subventionierte Bauvorhaben fundamentalistischer Glaubensgemeinschaften und verkehrsbelastende Logistikhöfe ohne eigene Wertschöpfung oder angemessene Anbindung schmackhaft gemacht werden sollen, stehen Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung an einer Wegscheide. Das

Stahlwerksgelände macht nicht durch Erfolge und Konzepte, sondern ausbleibende Kaufpreiszahlungen von sich reden.

Für die gute Zukunft unserer Stadt bleibt entscheidend, ob Menschen sich in und für Oberhausen engagieren, ob Kindeswohl und Familiengerechtigkeit auch von der Bezirksregierung toleriert werden, ob Kultur und Bildung Markenzeichen der Stadt bleiben dürfen. Die Bereitschaft, sich in Nachbarschaft und Stadtteilen tatkräftig einzubringen, hängt auch davon ab, dass alle Ebenen der Politik die Kraft zu positiven Botschaften sowie tragfähigen, ehrlichen und kompetenten Lösungen finden. Das geht freilich weder mit der Überheblichkeit absoluter Mehrheiten noch der Unbeweglichkeit großer Koalitionen.

Auch 2009 muss das Motto lauten: weniger Bevormundung und mehr Entfaltungsmöglichkeit. Die Oberhausener Liberalen wünschen allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Zuversicht, Tatkraft und ein gesundes, erfolgreiches und glückliches Jahr.

Gerd Arlt, FDP-Kreisvorsitzender

Regina Boos, FDP-Ratsgeschäftsführerin

Hans-Otto Runkler, FDP-Ratsgruppenvorsitzender